

NEU: Assange erringt Teilerfolg vor britischem Gericht, mit Stella Assange

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Glenn Greenwald (GG): Im Jahr 2019 hob Ecuador auf immensen Druck der Vereinigten Staaten, der britischen Regierung und der Regierung Spaniens das Asyl auf, das sie Julian Assange 2012 gewährt hatten, um ihn vor der Verfolgung durch die Regierung der Vereinigten Staaten zu schützen, von der die ecuadorianische Regierung wusste, nämlich dass sie Assange in die Vereinigten Staaten bringen und ihn aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit lebenslang inhaftieren wollten. Das war nicht nur das Recht der ecuadorianischen Regierung, sondern nach den Menschenrechtskonventionen auch ihre Pflicht, Assange durch die Gewährung von Asyl vor dieser Art von Verfolgung zu schützen. Aber eine Kombination aus Mike Pompeo, der zu dieser Zeit Trumps CIA-Direktor war und von der Vernichtung von Julian Assange und Wikileaks besessen war, in Verbindung mit der britischen Regierung und der spanischen Regierung, die von Assange aufgrund seines Journalismus verärgert waren, schikanierte die Ecuadorianer, zwang und überredete sie, ihr Asyl aufzuheben. Und in dem Moment, als dies 2019 geschah, wurde Julian Assange von der Polizei in London verhaftet. Er saß bereits sieben Jahre in dieser kleinen winzigen Botschaft mitten in London, einem Ort, an dem ich ihn besucht und gesehen habe. Es gab kein Licht hier. Er litt bereits körperlich und seelisch unter diesem Asyl, denn er war sich bewusst, dass er dort bleiben musste und beim Verlassen von der britischen Polizei festgenommen werden würde, was auch geschah, als sein Asyl schließlich aufgehoben wurde. Seitdem befindet er sich in seinem fünften vollen Jahr in einem Hochsicherheitsgefängnis namens Belmarsh, das die BBC als britisches Guantanamo bezeichnet. Es ist ein Ort, an den Terrorismusverdächtige kommen, Menschen, die die schlimmsten Verbrechen begangen haben. Und Assanges Ärzte erklärten, dass sein Zustand rapide abnimmt, sowohl körperlich als auch geistig. Das Erstaunliche an der Tatsache, dass Julian Assange nun seit fast fünf Jahren im Gefängnis sitzt, ist, dass er lediglich wegen eines Kautionsflüchtlingsdelikts verurteilt wurde. So hat die britische Regierung seinen Asylantrag verstanden, dass er nicht zur Kautionsanhörung erschienen ist und stattdessen von der ecuadorianischen Regierung Asyl erhielt, als man ihn verhaftete. Sie klagten ihn an und verurteilten ihn aufgrund von Kautionsflucht, einer Ordnungswidrigkeit, die ihm die volle Haftstrafe einbrachte, nämlich elf Monate im Gefängnis. Diese elf Monate hat er längst abgesessen, und gerade als er nach diesen elf Monaten entlassen werden sollte, enthüllte die US-Regierung 2018 diese Anklageschrift und beantragte sofort seine

Auslieferung. Seitdem hat er seine Auslieferung angefochten, und der Fall hat sich seinen Weg durch das britische Gerichtssystem gebahnt. Während dieser ganzen Zeit haben die britischen Gerichte ihn in einem Gefängnis festgehalten, in einem Hochsicherheitsgefängnis, in Erwartung einer gerichtlichen Entscheidung über seine Auslieferung. Es gibt natürlich alle möglichen Maßnahmen, die sie hätten ergreifen können, einschließlich Fußfesselüberwachung und alle möglichen Methoden, die bei einigen der Menschen angewandt werden, die der schlimmsten Verbrechen angeklagt sind, aber noch nicht verurteilt wurden, aber sie weigern sich, Julian Assange eine dieser Maßnahmen zu gewähren, während sie auf seine Auslieferungsanhörung warten. Stattdessen besteht man darauf, ihn in einem Hochsicherheitsgefängnis zu halten. Bereits im Jahr 2021, im Januar 2021, hörte sich das erste britische Gericht Julian Assanges Argumente an, warum eine Auslieferung an die Vereinigten Staaten nach britischem und europäischem Recht rechtswidrig sei, einschließlich der Tatsache, dass es sich um ein Verbrechen handelt, ihn für seinen Journalismus zu bestrafen, dass es gegen die Garantien der Meinungs- und Pressefreiheit der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt, an die das Vereinigte Königreich gebunden ist, dass es sich um ein politisches Verbrechen handelt, wonach das Vereinigte Königreich keine Angeklagten ausliefern kann, eine ganze Reihe von Argumenten, einschließlich der Tatsache, dass es politische Verfolgung bedeutet. Und das britische Gericht wies jedes dieser Argumente in erster Instanz zurück. Dennoch lehnte es den amerikanischen Auslieferungsantrag mit einer Begründung ab, nämlich dass sich Assanges Gesundheitszustand derart verschlechtert habe und dass die Bedingungen, unter denen er in den USA in einem Hochsicherheitsgefängnis festgehalten würde, so repressiv, belastend und missbräuchlich seien, dass es sehr unwahrscheinlich sei, dass er die Auslieferung und die Haft in den USA überleben würde, weshalb es den amerikanischen Auslieferungsantrag ablehnte. Die US-Regierung hat dagegen Berufung eingelegt und seither immer wieder gewonnen.

Die Gerichte haben Assanges Antrag wiederholt abgelehnt und die Argumente für eine Auslieferung akzeptiert. Heute hat das höchstmögliche Gericht, der britische High Court, das höchste Gericht, bei dem Assange Berufung einlegen könnte, eine Entscheidung getroffen, nachdem es seine Berufung, eine mündliche Verhandlung vor einigen Monaten, angehört hatte, womit ein Teilsieg für Julian Assange erreicht wurde. Hätte das Gericht heute die Argumente von Assange zurückgewiesen und zugunsten der Regierung entschieden, hätte dies wahrscheinlich bedeutet, dass Assange innerhalb weniger Stunden nach der Verkündung des Urteils in einem Flugzeug in die Vereinigten Staaten gesessen hätte. Er hätte immer noch das Recht gehabt, vor einem europäischen Gericht Berufung einzulegen und geltend zu machen, dass das Vereinigte Königreich gegen europäische Konventionen verstößt, aber es ist sehr gut möglich, dass die britische Regierung so schnell wie möglich gehandelt hätte, um ihn in ein Flugzeug in die Vereinigten Staaten zu befördern und so eine Anhörung dieser Berufung zu verhindern. Stattdessen erklärte der britische High Court, dass drei verschiedene von Julian Assange vorgebrachte Gründe, warum das Auslieferungsersuchen der USA höchstwahrscheinlich rechtswidrig ist, tatsächlich gültig sind. Und aufgrund der möglichen Gültigkeit dieser Probleme mit dem US-Auslieferungsantrag und dieser rechtlichen Probleme sagte das Gericht, dass die Auslieferung von Julian Assange nicht angeordnet werden kann.

Bis zum 16. April wird der US-Regierung Zeit gegeben, Unterlagen vorzulegen, um zu prüfen, ob sie die Bedenken ausräumen kann, danach wird im Mai entschieden, und falls dies nicht der Fall sein sollte, kann es durchaus sein, dass der Auslieferungsantrag einfach abgelehnt wird.

Einige Teile des Urteils fielen zu Gunsten von Assange aus oder besagten zumindest, dass es Probleme mit dem Auslieferungsantrag gibt, die die Regierung Biden sehr leicht beheben könnte. Aber es gibt andere Aspekte, die sie möglicherweise nicht zur Zufriedenheit des britischen Gerichts lösen können, und das könnte dem Versuch der US-Regierung, Assange in die Vereinigten Staaten zu bringen, wo er mit ziemlicher Sicherheit für schuldig befunden werden würde, einen erheblichen Strich durch die Rechnung machen. Das Spionagegesetz ist ein sehr striktes Gesetz, bei dem man sich nicht einmal auf den Ersten Verfassungszusatz berufen kann, z. B. auf die Behauptung, dass die Tat gerechtfertigt war. Es wurde 1917 geschrieben, um abweichende Meinungen zu Woodrow Wilsons Politik der Beteiligung der USA am Ersten Weltkrieg zu kriminalisieren, und es wurden tatsächlich Menschen aufgrund des Spionagegesetzes von 1917 ins Gefängnis gebracht, da sie sich der Beteiligung der USA am Ersten Weltkrieg widersetzen. Sie machten es zu einem Verbrechen, einem Spionageakt, sich der nationalen Sicherheit der USA zu widersetzen. Das ist das Gesetz, nach dem Donald Trump derzeit strafrechtlich verfolgt wird, nach dem Edward Snowden strafrechtlich verfolgt wird, nach dem Daniel Ellsberg strafrechtlich verfolgt wurde und nach dem alle möglichen Whistleblower strafrechtlich verfolgt wurden und das sie jetzt gegen Assange anwenden.

Hier ist das heutige Urteil des High Court. Hier sehen Sie den britischen High Court of Justice. Und dort sehen Sie die Überschrift des Falles: Julian Paul Assange gegen die Regierung der Vereinigten Staaten. Die Regierung der Vereinigten Staaten und der Staatssekretär des Innenministeriums. Und wie ich schon sagte, gab es insgesamt 13 oder 14 Gründe, die Assange vorbrachte, warum der Auslieferungsantrag abgelehnt werden sollte. Das Gericht ging sie der Reihe nach durch, wie jeder andere Teil des britischen Gerichtssystems es auch getan hat, und lehnte sie mit der Begründung ab, es handele sich nicht um ein politisches Verbrechen. Es verstößt nicht gegen die Pressefreiheit. Es ist keine ungesetzliche Bestrafung. Alle möglichen stichhaltigen Argumente, die die britischen Gerichte einfach nicht hatten akzeptieren wollen. Aber es gab drei Gründe, die nach Ansicht des Gerichts tatsächlich Gültigkeit haben könnten. Der erste davon war der fünfte Grund. "Ob der Antragsteller aufgrund seiner Staatsangehörigkeit in seinem Verfahren benachteiligt werden könnte". Und hier ein Teil der Ausführungen des Gerichts, ich zitiere: „In dieser Frage sind wir der Ansicht, dass der Antragsteller einen ordnungsgemäß begründeten Beschwerdegrund genannt hat. Der Kläger möchte bei einem Prozess in den Vereinigten Staaten argumentieren, dass seine Handlungen durch den Ersten Verfassungszusatz geschützt waren. Er behauptet, dass die Strafverfolgung eingestellt wird, wenn ihm die Rechte des Ersten Verfassungszusatzes gewährt werden. Der Erste Zusatzartikel ist daher von zentraler Bedeutung für seine Verteidigung gegen die Auslieferungsanklage... Daraus folgt, dass es vertretbar ist, dass der Kläger im Prozess aufgrund seiner Staatsangehörigkeit anders behandelt werden könnte. Vorbehaltlich der Frage, ob dies durch eine Zusicherung des Beklagten behoben werden könnte, würden wir die Berufung in Bezug auf den Grund v)

zulassen.“

Dies ist der Punkt, der die Angelegenheit für die Vereinigten Staaten meiner Meinung nach wirklich kompliziert macht. Die ganze Zeit über hat Julian Assange argumentiert, dass seine Strafverfolgung als Journalist in den Vereinigten Staaten durch den Ersten Verfassungszusatz ausgeschlossen ist. Und eines der Argumente der US-Regierung, mit dem sie sich vielleicht wirklich in den Fuß geschossen haben, besteht in der Argumentation, dass Julian Assange nicht berechtigt ist, sich auf seine Rechte nach dem Ersten Verfassungszusatz zu berufen, weil er kein amerikanischer Staatsbürger ist und sich nicht auf amerikanischem Boden befindet und auch nicht zum Zeitpunkt des Verbrechens war, und deshalb gilt der Erste Verfassungszusatz nicht für Personen wie Julian Assange. Er gilt nur für amerikanische Staatsbürger. Es stellt sich heraus, dass nach britischem Auslieferungsrecht die Auslieferung einer Person, um deren Auslieferung ersucht wird, an dieses Land abgelehnt werden kann, wenn diese Person aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit in ihrem Prozess benachteiligt werden könnte. Mit anderen Worten, wenn dieses Land ihn aufgrund seiner Staatsangehörigkeit anders behandeln würde, dann ist das ein Grund, warum das britische Gericht ihn nicht an die Vereinigten Staaten ausliefern darf. Das Argument ist also, dass die US-Regierung selbst erklärte, der Erste Verfassungszusatz gelte nur für Amerikaner. Er gilt nicht für Leute wie Julian Assange. Und in der Tat, als Mike Pompeo 2017 als Trumps CIA-Direktor eine Rede hielt, über die ich damals berichtete und die ich als unglaublich beunruhigend und gruselig beschrieb, stand er auf und schwor, Wikileaks zu zerstören, und stellte fest, dass alle so tun, als ob der Erste Verfassungszusatz für jeden gelte, was aber nicht der Fall sei. Die Anwälte von Assange haben diese Äußerungen von Mike Pompeo und anderen Mitgliedern der US-Regierung zitiert, in denen es heißt, Julian Assange habe keine Rechte aus dem Ersten Verfassungszusatz, der nur für Amerikaner gelte. Und so argumentiert das Gericht, dass dies ein gutes Argument zu sein scheint, dass Assange aufgrund seiner Nationalität anders behandelt werden würde. Sollte er in die Vereinigten Staaten einreisen und versuchen, den Ersten Verfassungszusatz als Grund anzuführen, warum ein Journalist nicht strafrechtlich verfolgt werden kann, könnte die Regierung argumentieren, dass dies nur für Amerikaner gilt, nicht für Australier, weshalb dies eine Diskriminierung aufgrund der Nationalität darstellt und die britische Regierung an einer Auslieferung hindern würde.

Im Wesentlichen haben sie der Regierung der Vereinigten Staaten die Möglichkeit gegeben, bis zum 16. April dem Gericht zu versichern, dass Assange aufgrund seiner Staatsangehörigkeit nicht anders behandelt wird. Er wird sich auf die gleichen Rechte des ersten Verfassungszusatzes berufen können wie die Amerikaner. Das Problem ist, dass sie seit vielen Jahren das Gegenteil behaupten. Und das größere Problem ist meiner Meinung nach, dass es letztlich darum geht, ob Assange das Recht hat, sich auf den Ersten Verfassungszusatz zu berufen. Und im Allgemeinen ist es gut etabliert, dass der Erste Verfassungszusatz der Vereinigten Staaten nicht nur für amerikanische Bürger gilt, sondern für jeden, der sich im Einflussbereich der amerikanischen Regierung befindet. So entschied der Oberste Gerichtshof der USA im Jahr 2004, dass die Gefangenen in Guantanamo das Recht auf Habeas Corpus haben, also das Recht, bei einem Gericht ihre Freilassung mit der Begründung zu beantragen, dass sie unrechtmäßig festgehalten werden. Und natürlich sind

die Häftlinge in Guantanamo keine amerikanischen Staatsbürger. Sie waren keine amerikanischen Staatsbürger. Aber das Gericht stellte fest, dass Guantanamo amerikanisches Hoheitsgebiet ist. Und da es sich um amerikanisches Hoheitsgebiet handelt, gilt die Verfassung für alle Maßnahmen der Regierung gegenüber jedermann. Das Problem für die US-Regierung ist, dass die angeblichen Verbrechen, die Assange begangen haben soll, nicht nur begangen wurden, als er kein amerikanischer Staatsbürger war, sondern auch nicht auf amerikanischem Boden. Und es ist sehr schwer zu verstehen, wie die Regierung dem britischen Gericht versichern kann, dass ein amerikanisches Gericht, für welches die US-Regierung nicht selbst spricht, Assange erlauben wird, sich auf die gleichen Rechte des Ersten Verfassungszusatzes zu berufen, wie es jeder Amerikaner tun würde.

Das Justizministerium von Biden möchte Assange unbedingt in seine Gewalt bringen. Im Justizministerium arbeiten sehr kluge Anwälte. Sie haben ein unbegrenztes Budget. Ich vermute, dass sie sich eine Theorie ausdenken werden, die das britische Gericht überzeugen wird: Oh, keine Sorge, wir werden ihn genauso behandeln wie die Amerikaner. Er wird sich auf die gleichen Rechte des Ersten Verfassungszusatzes berufen können. Aber zumindest entstehen hier gewisse Schwierigkeiten, denn die US-Regierung muss nicht nur allem widersprechen, was sie über Assanges Rechte nach dem Ersten Verfassungszusatz behauptet hat, sondern sie muss auch irgendwie zusichern, dass Assange bestimmte Rechte erhalten wird, die nicht die Regierungen, sondern die Gerichte zu gewähren haben. Wir werden also sehen, ob dies die Auslieferung wirklich sinnvoll verkompliziert oder nicht.

Hier nun der zweite Grund, den das Gericht anführte, warum Assange zumindest heute nicht ausgeliefert werden kann, bis die Regierung weitere Zusicherungen gibt. Und das ist Grund Nummer sechs. „Die Auslieferung ist ausgeschlossen, wenn kein ausreichender Schutz vor der Todesstrafe besteht“. Das Gericht hat dazu Folgendes ausgeführt – denn nach britischem Recht ist es verboten, jemanden in ein Land auszuliefern, in dem der Person die Todesstrafe droht. Die europäischen Länder sind gegen die Todesstrafe. Sie überstellen keine Personen, die für die ihnen zur Last gelegten Verbrechen mit dem Tode bestraft werden könnten. Die US-Regierung hat bereits dargelegt, dass die Verbrechen, die Julian Assange vorgeworfen werden, nicht von der Todesstrafe bedroht sind. Doch Assange argumentiert, dass die Verbrechen, derer ich jetzt angeklagt bin, vielleicht nicht mit dem Tod bestraft werden können, aber sobald ich in den USA angekommen bin, könnten sie mich mit weiteren Verbrechen belasten, einschließlich solcher, die mit dem Tod bestraft werden könnten. Und er führte die Tatsache an, dass es Meldungen gibt, die besagen, dass die US-Regierung bereits einen Mordversuch gegen ihn unternommen hat und diese Option in Betracht zog, und obwohl das Gericht sich weigerte, diese Beweise zu akzeptieren, besteht eindeutig die Möglichkeit, dass die US-Regierung Julian Assange die Todesstrafe auferlegen würde. Und dazu sagte das Gericht Folgendes. Zitat: „Der Antragsteller räumt ein, dass keine der Straftaten, für die die Auslieferung beantragt wird, mit der Todesstrafe geahndet wird. Er macht jedoch geltend, dass die ihm zur Last gelegten Tatsachen zu einer Anklage wegen Beihilfe zum Hochverrat gemäß 18 USC Paragraph 2381 oder Spionage gemäß 18 USC 794 führen könnten, die beide mit der Todesstrafe ahndungsfähig sind. Dementsprechend würden wir, vorbehaltlich geeigneter Zusicherungen, die Berufung aus diesem Grund zulassen“.

Ich vermute, dass die US-Regierung nur einen Brief an das britische Gericht schreiben muss, in dem sie sagt: „Oh, er wird nicht nur momentan keiner Verbrechen angeklagt, für die die Todesstrafe in Frage kommt, sondern wir versprechen, dass wir auch dann nicht die Todesstrafe beantragen werden, sollte er letztendlich wegen Hochverrats, Beihilfe zum Hochverrat oder anderer Kapitalverbrechen angeklagt werden.“ Möglicherweise würde das nicht genügen, denn das Gericht könnte sie immer noch verhängen, aber es könnte auch versprechen, ihn nicht aufgrund von Verbrechen anzuklagen, für die die Todesstrafe in Frage kommt. Und das Gericht würde wahrscheinlich sagen: „Okay, wir akzeptieren Ihre Zusicherungen“. Ich weiß, Sie denken jetzt wahrscheinlich, dass Zusicherungen der US-Regierung wertlos sind. Sie könnten Assange einfach in die USA bringen und sie alle verletzen. Und das ist natürlich wahr. Das würde Auswirkungen haben, falls man das britische Gericht einfach anlügt, da die US-Regierung in einem möglichen nächsten Fall von Auslieferung aus dem Vereinigten Königreich nicht sehr glaubwürdig wäre. Aber es ist sicherlich möglich, und wenn ich Julian Assange wäre, würden mich die Zusicherungen des Justizministeriums, nicht sehr beruhigen.

Hier nun der dritte Grund, den das Gericht als hinreichend stichhaltig anerkennt, um die Auslieferung zumindest vorläufig zu verweigern. „Die Auslieferung ist unvereinbar mit Artikel 10 der Konvention – der Europäischen Menschenrechtskonvention, die das Recht auf freie Meinungsäußerung garantiert“. Assange hatte argumentiert, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit einer strafrechtlichen Verfolgung entgegenstehen, und das Gericht wies dies zurück. Aber dieses Argument besagt, dass er, da er kein amerikanischer Staatsbürger ist, unter Umständen daran gehindert wird, dieselben Rechte auf freie Meinungsäußerung in Anspruch zu nehmen, wie sie in der EU-Konvention garantiert sind. Und wenn er in die Vereinigten Staaten ausgeliefert wird und die Vereinigten Staaten ihm nicht das gleiche Recht auf freie Meinungsäußerung gewähren wie die EU-Konvention, sollte die Auslieferung nicht bewilligt werden. Man kann einen Bürger, der der Europäischen Menschenrechtskonvention unterliegt, nicht in ein Land überstellen, in dem die Meinungsfreiheit weniger geschützt ist. Und so sagte das Gericht, Zitat: „Die freie Meinungsäußerung ist ein Grundrecht, das durch das Gewohnheitsrecht und durch internationale und nationale Menschenrechtsinstrumente anerkannt ist. Wir vertagen den erneuten Antrag auf Zulassung der Berufung aus den Gründen iv), v) und ix). Die Vertagung erfolgt für einen Zeitraum von 55 Tagen bis zum 20. Mai 2024, vorbehaltlich der folgenden Anweisungen. Die US-Regierung hat die Berechtigung, dem Gericht bis zum 16. April 2024 etwaige Zusicherungen zu übermitteln“.

Mit anderen Worten, aus allen drei Gründen, wonach Assange möglicherweise nicht die gleichen Rechte wie ein amerikanischer Bürger nach dem Ersten Verfassungszusatz hat, dass er möglicherweise nicht die gleichen Rechte auf freie Meinungsäußerung hat, die durch die EU-Verfassung oder die EU-Konvention garantiert werden, und dass er durch zukünftige Anklagen immer noch der Todesstrafe ausgesetzt sein könnte, sofern die US-Regierung dem britischen Gericht bis zum 16. April keine angemessenen Zusicherungen gibt, um diese Bedenken zu zerstreuen, scheint es, als würde das Gericht eine Ablehnung des Auslieferungsantrags stark in Betracht ziehen. Das Justizministerium wird in der Lage sein,

ein Schreiben zu verfassen, das die Bedenken des Gerichts ausräumt, so dass die Auslieferung genehmigt werden kann, aber ich habe immer bezweifelt, dass die Regierung Biden Julian Assange wirklich ins Gefängnis bringen will, um ihn auf amerikanischem Boden vor Gericht zu stellen. Stellen Sie sich das Spektakel vor, das dadurch entstehen würde, die Proteste außerhalb des Gerichtssaals, die Enthüllungen der Anwälte von Assange über die geheimen Informationen, das Recht von Julian Assange, in den Zeugenstand zu treten und auszusagen. Die Tatsache, dass Joe Biden der erste amerikanische Präsident wäre, der der Inhaftierung von jemandem für die Veröffentlichung von klassifizierten Informationen und die Berichterstattung über die Regierung vorstünde. Ich glaube, sie sind mit dem Status quo zufrieden, solange er nur im Gefängnis sitzt, stirbt und langsam zerstört wird, ohne dass Anklage erhoben wird. Und was dies in gewisser Weise wirklich bewirkt hat, ist eine verzögerte, endgültige Entlastung. Aber wenn Sie Julian Assange und seine Familie sind, ist das Letzte, was Sie wollen, und ich halte das für sehr bezeichnend, eine Auslieferung an die Regierung der Vereinigten Staaten. Schauen Sie sich an, wie hart sie gekämpft haben, um das zu verhindern, weil niemand einer Person in der Regierung der Vereinigten Staaten traut. Wir haben uns mit Stella Assange, der Frau von Julian Assange, zusammengesetzt, die selbst Anwältin für Menschenrechte ist. Er lernte Stella Assange kennen, als er bereits in der ecuadorianischen Botschaft war. Sie haben zwei gemeinsame Kinder, und sie hat sich unermüdlich für seine Freiheit eingesetzt. Sie ist, denke ich, seine beste Sprecherin, sein wichtigster Trumpf. Wir haben uns vor ein paar Minuten mit ihr zusammengesetzt und mit ihr über das heutige Urteil und die Auswirkungen auf ihre Familie sowie über das Recht auf freie Meinungsäußerung gesprochen. Hier ist das Interview.

GG: Stella, guten Abend. Es ist schön, Sie zu sehen. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, mit uns zu sprechen. Ich weiß, es ist ein ereignisreicher Tag.

Stella Assange (SA): Danke für die Einladung.

GG: Aber natürlich. Ich denke, man kann das heutige Gerichtsurteil als einen Teilsieg bezeichnen. Es hat einige der von Julians Anwälten vorgebrachten Argumente bestätigt und andere zurückgewiesen. Gleichzeitig hat es die Auslieferung an die USA nicht zurückgewiesen. In gewissem Sinne hat es sie vielleicht nur verzögert. Wie sehen Sie die Gesamtauswirkungen dieses Urteils, und halten Sie es für einen Sieg?

SA: Es ist eine sehr eigenartige Entscheidung. Wir erfuhren davon, als der Rest der Welt um 10:30 Uhr Londoner Zeit Bescheid bekam. Im Grunde geht es darum, dass das Gericht drei Punkte identifiziert hat, in denen Julian die Möglichkeit zur Berufung eingeräumt werden sollte. Und dann gab es den Vereinigten Staaten eine zweite Gelegenheit, ihre Argumente vor der vollständigen Berufung zu überarbeiten. Sie hatten also reichlich Gelegenheit, während der zweitägigen Anhörung auf diese Punkte einzugehen. Und im Grunde gibt das Gericht den USA eine weitere Chance, ihre Argumente zu ändern, um bessere Chancen auf einen Erfolg im Berufungsverfahren zu haben. Es ist also bizarr. Es ist auch sehr bizarr, dass die britischen Gerichte einige der wirklich grundlegenden Argumente, die wir vorgebracht haben, ignoriert haben. Aber wie ich schon sagte, konnte niemand diese Entscheidung vorhersehen. Und es ist eine weitere bizarre Wendung in diesem politischen Fall.

GG: Ich muss sagen, als ich es heute Morgen zum ersten Mal gelesen habe, war meine unmittelbare Reaktion, dass das Gericht den Vereinigten Staaten eine Frist eingeräumt hat, um ihr Auslieferungsersuchen in gewisser Weise anzupassen oder zu korrigieren, um einige der Mängel zu beheben, die das Gericht identifiziert hatte, wie zum Beispiel die unzureichende Garantie, dass Julian nicht die Todesstrafe droht. Und mein ursprünglicher Gedanke war: Oh, es wird für das Justizministerium sehr einfach sein, diese Art von verbalen oder semantischen Zusicherungen zu geben, woraufhin das Gericht sagen wird: Okay, jetzt haben wir, was wir brauchen, um ihn auszuliefern. Aber je mehr ich darüber nachdenke, wird es vermutlich für das von mir genannte Beispiel zutreffen, aber für einige dieser anderen Forderungen, die das Gericht an die Vereinigten Staaten gestellt hat, einschließlich der Garantie, dass Julian die gleichen Rechte nach dem Ersten Verfassungszusatz geltend machen kann, die auch amerikanischen Bürgern sowie einem vor einem europäischen Gericht zustehen würden, habe ich das Gefühl, dass es für das Justizministerium sehr schwierig sein könnte, dem Gericht diese Zusicherung zu geben, denn letztlich ist das eine Entscheidung, die das Gericht treffen muss, nicht die US-Regierung. Ich frage mich, ob Sie in der kurzen Zeit, die Sie mit Julians Anwälten gesprochen und selbst darüber nachgedacht haben, glauben, dass die US-Regierung Schwierigkeiten haben könnte, einige dieser Bedingungen zu erfüllen, die das Gericht als Bedingung für die Auslieferung von Julian gestellt hat.

SA: Ich denke, dass es erhebliche Schwierigkeiten aufwirft. Um noch einmal auf die Punkte einzugehen, die das Gericht hier als Kernpunkte bezeichnet hat. Erstens ist er der Gefahr ausgesetzt, dass sich die Anklagepunkte verschieben, sobald er sich auf amerikanischem Boden befindet, und dass ihm aufgrund derselben Fakten die Todesstrafe drohen könnte. Zweitens haben die USA in ihren eidesstattlichen Erklärungen argumentiert, die Regierung könne geltend machen, dass Julian keinen verfassungsmäßigen Schutz genieße, weil er kein US-Bürger sei und sich nicht auf US-Boden befunden habe, womit sie im Grunde einräumt, dass er keine verfassungsmäßigen Rechte habe, da er kein US-Bürger sei. Dies ist ein Punkt, zu dem die britischen Gerichte festgestellt haben: Nun, geben Sie uns die Zusicherung, dass er nicht aufgrund seiner Nationalität diskriminiert wird. Sie fordern also von der US-Regierung Zusicherungen, die der eidesstattlichen Erklärung des Staatsanwalts widersprechen. Der Fall wird also im Grunde genommen verlagert, außerdem gibt es beim Ersten Verfassungszusatz die Möglichkeit, sich auf den Ersten Verfassungszusatz zu berufen, und natürlich besteht beim Spionagegesetz kein Schutz des öffentlichen Interesses. Und das ist einfach nur Neuland. Die US-Regierung befindet sich also in einer sehr ungewöhnlichen Position, aber das soll nicht heißen, dass sie nicht über ein großes Team von Anwälten verfügt, die so genannte Zusicherungen ausarbeiten werden, die die britischen Gerichte akzeptieren könnten. Es ist politisch. Es geht im Grunde darum, eine politische Lösung für ein rechtliches Problem zu finden. Und die britischen Gerichte scheinen sich zu verbiegen, um einen Weg zu finden, das Problem zu lösen. Und ich lese diese Entscheidung als einen Weg, den Schwarzen Peter an die US-Regierung weiterzugeben, um zu zeigen: Wenn eine Auslieferung genehmigt wird und Julian etwas zustößt, können sie die Schuld auf die USA schieben.

GG: Danke, dass Sie sich diesen Clip von System Update angesehen haben, unserer

Live-Show, die jeden Montag bis Freitag um 19 Uhr exklusiv auf Rumble ausgestrahlt wird. Sie können die kompletten nächtlichen Sendungen live sehen oder sich den Bestand an Episoden kostenlos auf unserer Rumble-Seite ansehen. Außerdem finden Sie die vollständigen Episoden am Morgen nach der Ausstrahlung auf allen wichtigen Podcasting-Plattformen, einschließlich Spotify und Apple. Alle Informationen, die Sie benötigen, sind unten verlinkt. Wir hoffen, Sie dort begrüßen zu dürfen.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Klicken Sie hier
---	--	--	---

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO: Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	PAYPAL: E-Mail: PayPal@acTVism.org	PATREON: https://www.patreon.com/acTVism	BETTERPLACE: Link: Click here
---	--	--	---

The acTVism Munich e.V. association is a non-profit organization with legal capacity. The association pursues exclusively and directly non-profit and charitable purposes. Donations from Germany are tax-deductible. If you require a donation receipt, please send us an e-mail to: info@acTVism.org